

Wirtschaftlicher Ausnahmezustand nach dem Austritt aus der EU

Wirtschaftsexperte Peter Fritz* im Exklusiv-Interview mit den Österreichischen Nachrichten:

ÖN: Welche werden die unmittelbaren wirtschaftlichen Maßnahmen der Bundesregierung nachdem Austritt aus der EU sein?

Fritz: Ich rechne mit einer Wiedereinführung des Schillings. Es wäre natürlich wünschenswert, dass wir den Euro behalten, aber die Regierung und die breite Mehrheit des Parlaments plädieren für die Wiedereinführung der alten Währung.

ÖN: Warum findet man diese Stimmen unter den österreichischen PolitikerInnen?

Fritz: Die PolitikerInnen haben Angst vor den öffentlichen Meinung. Sie wollen nicht als "LandsverräterInnen" wahrgenommen werden. Daher stehen sie für eine radikale Verringerung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Europäischen Union und für die Wiedereinführung des Schillings als ersten symbolischen Akt. Das ist für mich reiner Populismus.

ÖN: Reiner Populismus?

Fritz: Natürlich! Der Euro ist neben dem US-Dollar die wichtigste Währung weltweit. Er ist ein Garant

für ökonomische Sicherheit und Stabilität. Das wird gerade jetzt, zu Zeiten der Wirtschaftskrise, immer wichtiger. Der Euro ist eine der wenigen Währungen, die auch in den letzten Monaten Stabilität bewahrt haben. Hätte Österreich den Euro nicht gehabt, so hätte uns die Wirtschaftskrise um ein Vielfaches härter getroffen. Aber jetzt werden wir ohne den Schutzschirm des Euros und der EU auskommen müssen.

ÖN: Aber insgesamt haben wir von der EU-Mitgliedschaft nicht viel profitiert. Österreich war zum Beispiel einer der EU-Nettozahler...

Fritz: Als Wirtschaftswissenschaftler muss ich dieser Meinung widersprechen. Die EU-Mitgliedschaft hat dem Land insgesamt wesentlich mehr Vorteile als Nachteile gebracht. Dank der EU-Osterweiterung gingen (und gehen immer noch) unsere Exporte zu 70 Prozent ins EU-Ausland. Zollaufgaben fielen weg – und die Ausgaben für die damit verbundenen Wartezeiten: Bis zu 1 Mrd. Euro pro Jahr betrugten diese Kosten vor dem EU-Beitritt, in der heutigen EU würde sich Österreichs Wirtschaft

sogar bis zu 4,2 Mrd. pro Jahr ersparen. Eine Folge: Zwischen 1994 und 2008 erhöhte Österreich seine Exporte um 9 und seine Importe um 7,5 Prozent jährlich.

ÖN: Trotzdem beschuldigen einige die EU, wegen der heutigen Inflation.

Fritz: Seriöse Studien belegen, dass die Inflationsrate ohne EU-Beitritt etwa ein Prozent höher liegen würde. Während die jährliche Inflationsrate vor dem EU-Beitritt zwischen 3,0 und 4,1% betrug, sank sie mit dem EU-Beitritt unter 2%. Das ist die niedrigste Inflationsrate in der Geschichte der Republik. Österreichische Haushalte ersparen sich dadurch etwa 1,1 Mrd. Euro jährlich: etwa 145 Euro pro Person.

ÖN: Wie schaut also die Zukunft aus?

Fritz: Nach dem Austritt aus der EU werden wir uns auf einen langen wirtschaftlichen Ausnahmezustand einstellen müssen, dessen Ausgang ungewiss ist.

*Name von der Redaktion geändert



cc creative muffin



cc Thom Hawk



cc nba4t



cc whiskeyboyfx